

## Stellungnahme der FDP Schneverdingen zur Ratssitzung am 05.12.2024

Zu den Haushaltsbeschlüssen auf der Ratssitzung am 05.12.2024 nimmt unser Ratsherr Frank Horn Stellung:

### Zur Gegenfinanzierung der STRABS-Abschaffung halte ich wie folgt fest:

Die Verwaltung hatte im Bauausschuss ausgeführt, dass für die erforderliche Gegenfinanzierung eine Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer A+B von anstatt 18 % nunmehr 18,8 % benötigt würden.

Mit dem Hinweis, dass es sich um eine Spitzabrechnung handele – sprich dieses Geld wird pro Jahr mindestens benötigt.

Durch die von den Fraktionen empfohlene Reduktion auf nunmehr 15,5 % ergibt sich ein Fehlbetrag von ca. 120.000 €/Jahr!

Ich hatte im BA das Argument angebracht, dass sich dieses im Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger kaum spürbar auswirken wird.

Wir reden hier für 90 % der Grundsteuerzahler (vor Grundsteuerreform) von einer Einsparung von maximal 18 €/Jahr nämlich von 110,- auf 92,- €/Jahr - aber mit einer großen Auswirkung auf der Einnahmenseite.

Durch die zusätzliche Streckung des Straßensanierungsprogramm um 2 von 10 auf nunmehr 12 Jahre ergibt sich die Konstellation, dass Straßen mit der geringsten Priorität, wie bspw. die Brockman-Meyerhoff-Str., bereits im Jahr 2035 110.000 € teurer werden, was der Baukostensteigerung (kalkuliert wurde mit 4%) in diesem Zeitraum geschuldet ist.

Es sei anzumerken, dass sich die Preise im Straßenbau im Oktober 2023 gegenüber August 2022 um 8,2 % erhöhten. Im 3. Quartal 2024 stieg der Preisindex für den Straßenbau um 5% gegenüber Februar 2023.

Das heißt: Wenn wir zu wenig Geld in dieses „System“ stecken, dann wird es umso eher wieder notwendig über Steuererhöhungen mehr Geld „reinzugeben!“

Eine unnötige Streckung des Programms wird durch die Baukostensteigerung unweigerlich dazu führen, dass es am Ende teurer für alle wird.

**„Gut gedacht ist nicht immer gut gemacht!“**

Bereits 2018 hatte die FDP in der Plenarsitzung des Landtags eine Abschaffung der STRABS beantragt. Damals noch gegen die Stimmen der SPD und CDU.

Wir Freien Demokraten stehen unverändert zur STRABS-Abschaffung. In der von mir beschriebenen Konstellation der Beschlussvorlage kann ich mich aber leider nur enthalten.

### **Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer**

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer zu diesem Zeitpunkt lehne ich ab. Geschuldet, dass wir nur eine Beschlussvorlage für alle Anhebungen haben, sehe ich mich gezwungen meinen Entschluss in eine Enthaltung münden zu lassen.

„In wirtschaftlich herausfordernden Zeiten (Corona-Krise, hohe Energiekosten etc.) möchte die FDP Schneverdingen ein wichtiges Signal an die Unternehmen in unserer Stadt setzen.“ Schneverdingen bleibt ein verlässlicher Partner für die Wirtschaft mit zukunftsorientierten und ausgewogenen Hebesätzen.

### **Begründung:**

1. Es ist ein finanzieller Mehrbedarf zu erwarten, durch eine deutliche Erhöhung der Kreisumlage in den nächsten 3-4 Jahren, weil davon auszugehen ist, dass die Baukosten des neuen HKK kaum im Kostenrahmen bleiben werden. Da müssen wir schon jetzt einen Spielraum für kommende Steueranpassungen lassen.

2. Die zusätzliche Erhöhung der Gewerbesteuer zur Grundsteuererhöhung führt zu einer Doppelbelastung unserer Gewerbebetriebe. Gerade Gewerbebetriebe als Personengesellschaften und Einzelunternehmer mit einem Betriebsergebnis zwischen 75.000 und 150.000 € werden durch die Steuererhöhung belastet. Zusätzlich ist noch ein Verlust des Realeinkommens durch steigende Einkommenssteuern zu berücksichtigen, das zwischen 8-11 % je nach Betriebsergebnis liegen kann.

3. Die Einzahlungen der Gewerbesteuer sind **weniger** durch die Hebesatzanpassungen in 2023 von 380 auf 400 Punkte bis zum Ende des III Quartals 2024 sondern durch andere Effekte um in etwa 1.350.000 € gestiegen. Was aber umso noch auffälliger ist, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen überproportional von 8.625.000 € im Quartal III dieses Jahres bis Ende November auf sich nunmehr ca. 11.600.000 € beziffern.

4. Auf Grund dieser Entwicklung steht zu befürchten, dass eine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer zu einer Verringerung der Schlüsselzuweisung des Landes Niedersachsen führt. Die finanzielle Eigenkraft und die Steuerkraft der Kommune verschwimmen. Hierbei sei anzumerken, dass eine Erhöhung der Gewerbesteuer erst dann zu einem positiven Effekt im kommunalen Haushalt führt, wenn die Einnahmen der zusätzlichen Gewerbesteuer die derzeitigen Schlüsselzuweisungen der Kommune übersteigen – dass dürfte aber nicht der Fall sein.

***Die CDU konterkariert ihre derzeit eigene Position für die BTW – die schon lange eine der FDP ist – nämlich die Unternehmenssteuern zu senken.  
Das hat unser Landtagsabgeordneter wohl vergessen.***